
Dokumentation

Ideologie oder Aufklärung?

Die Bedeutung der Geschichtswissenschaft für die Bildung gewerkschaftlichen Bewußtseins*

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

[...]

Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins und damit Verständigung über langfristig anzugehende gewerkschaftspolitische Ziele ist die Funktion einer umfangreichen Vermittlung der Organisationsgeschichte. Dabei meine ich hier weniger die Darstellungen der Verbandsgeschichte als vielmehr die Verarbeitung dieser Geschichte in Seminaren, durch gewerkschaftliche Kul-

turgruppen, auf Plakaten, ja sogar in Theaterstücken und in der politischen Revue. Ein solches Unterfangen, den Mitgliedern und Funktionären der eigenen Organisation „ihre“ Geschichte näherzubringen, mag ehrenwert sein, ist sicherlich auch als erster Schritt der Auseinandersetzung mit Geschichte vonnöten. Allerdings droht solcher anwendungsorientierter Verarbeitung der Geschichte der Gewerkschaften die Gefahr, zu einem Agitationsstück, zur Ideologie zu werden.

Ideologie, damit meine ich, in Anlehnung an Karl Marx, falsches Bewußtsein. Falsches Bewußtsein in dem Sinne, daß sich über das Handeln der Organisation oder anderer Organisationen, über historische Rahmenbedingungen dieses Handelns ein zu

♦Auszug aus einer Rede von Ilse Brusis auf der Frankfurter Buchmesse am 11. Oktober 1985

einfaches, zu holzschnittartiges Bild gemacht wird. Das Weltbild wird bestätigt, aber Hilfestellungen für die Bewältigung des schwierigen und komplizierten Alltages wächst kaum aus einer solchen Anwendung der Geschichte.

Der Historiker wird einwenden, daß er sich gegen solch anwendungsorientierte Aufarbeitung der Geschichte nicht wehren kann. Er muß sich allerdings fragen lassen, inwieweit er durch seine Arbeiten dazu beiträgt, Ideologien über die Gewerkschaftsgeschichte zu bilden, statt sie in ihrer Widersprüchlichkeit, in ihren differenzierten Zusammenhängen aufzuzeigen. Hierbei geht es dann oftmals nicht mehr um gewerkschaftliche Kulturarbeit oder um die Unterstützung der Gewerkschaften in Tarifausinandersetzungen, sondern um die Begründung handfester Gewerkschaftspolitik. Gerade in letzter Zeit werden häufig historische Vergleiche herangezogen, um den Gewerkschaften diese oder jene Strategie nahelegen. Und gerade hier tut Aufklärung not. Aufklärung im Sinne des schwierigen Geschäftes, Tatsachen in ihrer Komplexität auszuleuchten, Hintergründe deutlich zu machen, Widersprüchlichkeiten auszuhalten. Aufklärung auch in dem Sinne, sich mutig den Tatsachen zu stellen, im Gespräch in der Diskussion mit der kritischen Öffentlichkeit ebenso wie mit Fachhistorikern sich den Spiegel vorhalten zu lassen.

In dieser Auseinandersetzung ist die Redlichkeit derjenigen, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung auseinandersetzen, ebenso gefordert, wie die Redlichkeit der Gewerkschafter. Die Redlichkeit der einen, damit sie nicht in Versuchung geraten, um einer These oder einer Theorie willen Tatsachen, Fakten und Handlungen zurechtzubiegen, die Redlichkeit der anderen, damit sie bereit sind, Kritik anzunehmen und aufzunehmen. Ich will dieses, zugegebenermaßen schwierige Geschäft, an folgenden Beispielen aufzeigen:**

[...]

Die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 war sicherlich eines der bedeutendsten historischen Ereignisse in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte unseres Jahrhunderts. Wer anders als wir könnte stolz darauf sein, daß es gelang, weltanschaulich getrennte Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuführen, eine einheitliche Interessenvertretung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in Betrieben und Verwaltungen herzustellen. Und wer anders als wir ist berechtigt, gerade gegenüber denjenigen, die immer wieder versuchen, die Einheitsgewerkschaft aus parteitaktischen Motiven heraus in Frage zu stellen, an diese historische Leistung zu erinnern. Gleichwohl ist gerade die Entstehung der Einheitsgewerkschaft ein Feld, auf dem Geschichte leicht zur Ideologie werden kann.

Es gehört zur Geschichte der Einheitsgewerkschaft, daß in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Naziregimes die Mitglieder und Funktionäre der Arbeiterbewegung, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen darüber nachdachten, wie nach 1945 durch die Gründung einer großen einheitlichen Bewegung ein Desaster wie 1933 verhindert werden könne. Es gehörte zur Geschichte der Einheitsgewerkschaft auch, daß diese Männer gemeinsam mit denjenigen ehemaligen Funktionären der freien christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die das dritte Reich in der inneren Emigration überdauert hatten, nach 1945 daran gingen, die Einheitsgewerkschaft zu schaffen.

Es gehört aber auch zur Geschichte der Einheitsgewerkschaft, daß ihre Wurzeln nicht allein in die Konzentrationslager und Zuchthäuser reichen, sondern schon in die Endphase der Weimarer Republik. Bereits damals wurde zwischen den Führungen der drei großen Gewerkschaftsrichtungen diskutiert, wie man gemeinsam gegen die

**Ilse Brusis geht im folgenden auf drei Beispiele (Einheitsgewerkschaft, Ende Weimar, Kriegskredite 1914) näher ein, von denen hier der Text zur Einheitsgewerkschaft und zum Ende der Weimarer Republik dokumentiert wird.

Krise und Massenarbeitslosigkeit und die Bedrohung der Demokratie vorgehen könne. . . . Aufrufe und Stellungnahmen aller Gewerkschaftsrichtungen ... mündeten dann, wer wollte es verheimlichen, in jenen Beschluß des Führerkreises der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vom April 1933, in dem die Einheitsgewerkschaft auch unter dem Vorzeichen gegründet wurde, die Organisation möglichst unbeschadet und unter ihrer alten Führung in das dritte Reich hineinzusetzen. Inwieweit die Unterstellung der Gewerkschaften unter die Sache der nationalen Revolution aus Ängstlichkeit geborener Opportunismus, inwieweit sie kluge Taktik war, bleibt bis heute umstritten. Sie muß als Tatsache jedoch ebenso wie die vorherigen Einigungsbemühungen genannt werden. Genannt werden muß aber auch, daß die Kommunisten in eben jener Endphase der Weimarer Republik dazu übergegangen waren, die freien Gewerkschaften zielgerichtet und bewußt zu spalten . . . Und auch nach 1945 kann nicht gerade festgestellt werden, daß die Kommunisten immer und überall zu den stärksten Verfechtern der Einheitsgewerkschaft gehört haben. In ihrem Machtbereich, der sowjetischen Besatzungszone, wurde die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern geborene Einheitsgewerkschaft schon sehr bald zu einem Instrument, mit dem die Kommunisten die letzten Reste sozialdemokratischen Einflusses in der Arbeiterschaft auszurotten suchten. Und auch in den Westzonen haben Kommunisten die Einheitsgewerkschaft bisher immer nur dort hochgehalten, wo sie Diskussionen um die eigene Strategie und Politik zu vermeiden suchten. Wenn die DKP und die ihr nahestehenden Historiker die nach 1945 entstandene Einheitsgewerkschaft so deuten, als sei in ihr endlich die langersehnte Einheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen erreicht, so ist dies historisch nicht die ganze Wahrheit und verfolgt häufig auch den Zweck, eine politische Auseinandersetzung mit den Positionen der Verfechter solcher Thesen in den Gewerkschaften zu verhindern.

Ein zweites Beispiel: Gerade angesichts der gegenwärtigen Krise und der durch sie verursachten Massenarbeitslosigkeit, des von der Bundesregierung betriebenen Sozialabbaus und der Diskussion um die Frage, wie Gewerkschaften am besten gegen die Folgen der Krise ankämpfen können, wird immer wieder die jetzige Situation mit der Endphase der Weimarer Republik verglichen. Ist Bonn Weimar? Diese auch unter Politologen und Historikern heiß diskutierte Frage, nimmt einen hohen Stellenwert in der Auseinandersetzung der Gewerkschaften und der Gewerkschafter mit ihrer Geschichte ein.

Diejenigen, die Bonn mit Weimar gleichsetzen, gehen dabei von folgenden Thesen aus:

1. An Ausmaß und Intensität ist die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 bis 1933 zu vergleichen. Insbesondere die Verelendung hat in einem Maße zugenommen, daß die Grundfesten unserer Gesellschaft zu wanken drohen.
2. In dieser Situation wählen Kapital und Staat quasi automatisch eine Krisenlösung, die, ebenso wie 1933 nur heißen kann: Ausschaltung der Gewerkschaften, Stärkung des autoritären Staates bis hin zu einer faschistischen Diktatur, Hochrüstung und Kriegspolitik.
3. In der Krise ist die Gefahr von rechts zu einer derartigen Bedrohung geworden, daß nur noch der gemeinsame Kampf aller demokratischen Kräfte sie abwehren kann. Nur die 1933 verpaßte Einheit von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen, verwirklicht durch Aktionsbündnisse und in den Gewerkschaften selbst, kann das Unheil abwenden.

Die strategische Konsequenz solch historischer Vergleiche ist die Forderung, die Gewerkschaften müßten auf kämpferischen Konfrontationskurs gegen rechts gehen. Gespräche mit der Bundesregierung, die wir führen, um unseren Konzepten gegen die Massenarbeitslosigkeit Geltung zu verschaffen, werden dann als Kamingsgespräche, als

der falsche Weg aus der Krise, diffamiert. Gerade weil diese Thesen so einfach sind, weil sie einfache Erklärungsmuster und Handlungsmuster bieten, weil sie so leicht Folie für Unmut und Kritik, Angst und Unsicherheit über die Zukunft sein können, sind sie so wirkungsvoll. Und gerade darum müssen wir uns offensiv mit ihnen auseinandersetzen. Denn wenn es tatsächlich so ist, daß Kapitalismus zum Faschismus führt, was können wir denn dann noch tun, um unsere Demokratie, die ja nach Auffassung der gleichen Kritiker eine „bürgerliche“ Demokratie ist, vor diesem automatischen Wandlungsprozeß zu bewahren?

Die Antwort, die darauf gegeben wird - die große Aktionseinheit gegen rechts -, sagt nichts aus. Denn wer agiert hier? Wer schließt denn dieses Bündnis? Mit welchen Zielen wird es geschlossen? Wo sind seine konkreten Handlungsalternativen für den gewerkschaftlichen Alltag?

Solche Thesen sind desorientierend und zudem: Sie sind durch eine ernsthaft betriebene Geschichtswissenschaft nicht zu belegen. Denn obwohl es viele gemeinsame Erscheinungen der damaligen und der gegenwärtigen Krise gibt, ist Bonn dennoch nicht Weimar.

Ebenso wie die Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 bis 1933 ist auch die gegenwärtige Krise als weltweite Strukturkrise zu interpretieren. Um diese Krise zu überwinden, werden von der Kapitaleseite ebenso wie von der derzeitigen Bundesregierung Rezepte vorgeschlagen und Maßnahmen getroffen, die wir nur zu Recht als Sozialabbau bezeichnen und gegen die wir uns mit aller Macht zur Wehr zu setzen haben. Auch das autoritäre Staatsverständnis der derzeitigen Bundesregierung und die Versuche aus dem Koalitionslager, die Macht der Gewerkschaften zu brechen, rührt an die Fundamente unserer Demokratie.

Dennoch wäre es eine historisch nicht belegbare Verallgemeinerung, die Massenarbeitslosigkeit und die Verelendung in der

Endphase der Weimarer Republik mit dem derzeit betriebenen Sozialabbau zu vergleichen. Gerade weil nach 1945 die Einheitsgewerkschaft als starke, einheitliche Interessenvertretung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten gegründet wurde, konnten bisher Weimarer Verhältnisse verhindert werden. Dies gilt auch für die demokratische Substanz unserer Gesellschaft. Trotz aller autoritärer und reaktionärer Tendenzen, die wir insbesondere im Unionslager beobachten können, kann durch nichts belegt werden, daß die CDU/CSU auch nur im entferntesten Ähnlichkeit hat mit der nationalsozialistischen Partei. Wer diese Gleichsetzung trifft, produziert Ideologie im übelsten Sinne. Er muß sich den Vorwurf gefallen lassen, den Nationalsozialismus im Nachhinein zu verharmlosen. Im übrigen ist auch die These des Marburger Historikers Reinhard Kühnl nicht zu belegen, bürgerliche Demokratien wandelten sich in Krisenzeiten zu autoritären beziehungsweise faschistischen Regimen. Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten durch die Politik des „New Deal“ des amerikanischen Präsidenten Roosevelt stärkte die Demokratie, läutete eine Phase amerikanischer Sozialpolitik ein. Die in den Vereinigten Staaten geschaffenen demokratischen Institutionen erwiesen sich als handlungsfähig.

Letzteres allerdings ist die Kernfrage, die sich uns heute gerade in bezug auf die Endphase der Weimarer Republik stellt. Wieviel demokratische Tradition, wieviel demokratische Kultur hat dieses Land, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, der eben nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Freiheit, Mitverantwortung, Mitbestimmung und damit auch materieller Sicherheit bietet. Gerade die von uns vorgeschlagenen Instrumentarien, die Ausweitung der Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens sind Versuche, diese Fragen zu beantworten. Wenn Bonn tatsächlich Weimar wäre, dann müßten wir auf diese Lösungswege verzichten. [...]